

DER STANDPUNKT

Angebot und Anreize als Hebel



JOSEF BRUCKMOSER

Die Beispiele im Tennengau belegen es. Mit dem Auto zur Arbeit fahren ist a) teurer, b) bequemer und c) schneller. Wer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu bewegen will, Bus oder Bahn zu benutzen, muss daher mindestens zwei Hebel ansetzen.

Der eine ist das Angebot. Das kostet Steuergeld, weil wir nicht mehr alles pauschal in ein ÖBB-Defizit oder in ein Post-Defizit hineinstecken. Wenn das Land und die Gemeinden wollen, dass mehr Busse und Züge fahren, dann müssen sie kräftig in die Tasche greifen und Kilometer bestellen.

Der zweite Hebel hängt damit zusammen. Es sind die Kosten für den Einzelnen. Das Jahresticket für Bus und Bahn muss so – extrem – günstig sein, dass der Umstieg auf das öffentliche Verkehrsmittel einen finanziellen Anreiz bietet. Wer die längere Fahrzeit, die Bindung an den Fahrplan und manchen Ärger mit Bus oder Bahn in Kauf nimmt, der will einen realen Gegenwert bekommen. Nur dann wird das Umsteigen so attraktiv, dass die Vorzüge des Autos den finanziellen Nachteil an der Zapfsäule nicht mehr aufwiegen.

Zu Recht wurde das Tennengauer Mobilitätsprojekt vom Umweltminister ausgezeichnet. Es zeigt die Richtung, in die eine nachhaltige Verkehrspolitik gehen muss. Die Betroffenen müssen mehr davon haben, als wenn sie mit dem Auto fahren.

Hunderte Pendler lassen das Auto in der Garage

Bis zu 200 Euro Benzin-kosten sparen Tennengauer Pendler durch den Umstieg auf Öffis. Die Jahreskarte für Bus und Bahn zahlen die Betriebe.

SALZBURG (SN-beg). Gernot Pichler aus Werfen lassen die steigenden Treibstoffpreise kalt. Seit gut einem Jahr fährt er mit Bus und Bahn zur Arbeit. Die gesamten Fahrtkosten bezahlt sein Arbeitgeber, die Firma Schlotterer Roll-laden-Systeme aus Adnet. Mit dem Ticket fährt Pichler auch in seiner Freizeit gratis. „Ich erspare mir im Monat zwischen 150 und 200 Euro Benzinkosten.“

Pichlers Arbeitskollege Georg Quintus aus Salzburg ist ebenfalls auf die Öffis umgestiegen. 150 Euro gingen früher für das Tanken auf, jetzt ist es nur noch die Hälfte. Der Weg in die Arbeit dauert zwanzig Minuten länger als mit dem Auto. Am Abend braucht Quintus für die Heimfahrt 1,5 Stunden. „Ich lese gerne und nutze die längere Fahr-

zeit für mein Hobby“, sagt er. Mehr als 15.000 Euro lässt sich die Firma Schlotterer die Fahr-karten für die 250 Mitarbeiter kosten. Rund ein Drittel der Belegschaft kommt mit den Öffis. Das Unternehmen ist einer der Partner in dem soeben von Umweltminister Josef Pröll preisgekrönten Pilotprojekt „Mitarbeitermobilität Tennengau“.

Dahinter steht der Regionalverband des Bezirks, der in Zusammenarbeit mit dem Postbus, den ÖBB und Großbetrieben der Region einen Fahrplan erstellt hat, der es den rund 2500 Mitarbeitern der Betriebe in und um Hallein ermöglicht, trotz Schichtarbeit öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen.

Gratis fahren auch die Mitarbeiter der Unternehmen Bosch, Johnson & Johnson, Infoteam und Voglauer Möbelwerke. Ab Juli steigt auch die Bezirkshauptmannschaft Hallein ein.

Mit Jahresende läuft das Projekt aus. Die Firmen haben großes Interesse an einer Fortsetzung bekundet. Nach der Testphase sollen auch die Mitarbeiter einen geringen Beitrag leisten.

Die Höhe steht noch nicht fest. Eine Evaluierung des Projekts läuft. „Vor Beginn kamen 70 Prozent der Mitarbeiter mit dem Auto, jetzt sind es rund 30 Prozent“, sagt Christian Steiner, Geschäftsführer des Regionalverbandes Tennengau. Nun wird im Landtag geprüft, ob das Modell auf andere Bezirke ausgeweitet werden kann.

Seit mehr als 25 Jahren greift die Firma Fahren Gärtner aus Mittersill für die Anreise seiner Voll- und Teilzeitkräfte in die Tasche. Das Unternehmen bezahlt im Jahr bis zu 30.000 Euro freiwilliger Fahrtkostenvergütung. Je nach Wohnort und Anzahl der Arbeitstage bekommt ein Mitarbeiter pro Tag zwischen 0,99 und 1,98 Euro. Eine Angestellte aus Uttendorf erspart sich dadurch 40 Euro im Monat.

Auf Fahrtkostenvergütung setzt auch die Firma Maco. Sie stellt den Mitarbeitern außerdem ermäßigte Karten für den Park-&-Ride-Platz Salzburg Süd zur Verfügung. Von dort bringt ein Werksbus die Mitarbeiter in der Früh zur Firma und am Nachmittag wieder retour.



Die Firma Schlotterer macht mobil: Gernot Pichler, Ines Holike, Wilfried Vogl und Georg Quintus. Bild: SN/ROBERT RATZER

WIZany



Ausgependelt ...

www.salzburg.com/wizany

Regierung auf der Suche nach Millionen Euro

Das Pendler- und das Pflegepaket sollen heute, Dienstag, bei den Budgetberatungen fixiert werden

SALZBURG (SN-alf). David Brenner wird heute, Dienstag, kräftig ins Schwitzen kommen. Das wird nicht nur am schwülen Wetter liegen, das die Meteorologen vorausgesagt haben, sondern auch an den Budgetverhandlungen, die um neun Uhr im Chiemsee-hof beginnen. Dabei muss der Finanzreferent darauf achten, dass der Landeshaushalt im Lot bleibt, während seine Regierungskollegen vor allem eins wollen: Geld für ihre Projekte.

Und davon gibt es genug: Allen voran die Vorstellungen, die SPÖ und ÖVP in den vergangenen Wochen präsentiert haben. Während es für die 2,5 Millionen Euro, die das Familienpaket kosten wird, bereits eine Einigung gibt, sind die Pendlerbeihilfe

und das Pflegepaket noch nicht im Detail ausverhandelt.

So drängt die ÖVP bei der Beihilfe für Pendler darauf, dass die öffentlichen Verkehrsmittel besser gefördert werden. Während die SPÖ vor allem Pendlern mit niedrigem Einkommen durch einen Zuschuss helfen will.

Beim Pflegepaket war die SPÖ bisher gegen den Wegfall der Vermögensgrenze. Dies bedeutet, dass der Zuschuss für die 24-Stunden-Betreuung erst bezahlt wird, wenn das eigene Vermögen bis auf einen Rest von 5000 Euro aufgebraucht ist. Das Haus oder die Eigentumswohnung bleiben dabei ungeschoren.

Insgesamt sind es noch Forderungen in der Höhe von 40 Millionen Euro, für die im Budget



Muss heute das Geld zusammenhalten: LH-Stv. David Brenner. Bild: SN

bisher noch kein Geld vorgesehen ist. Dies, obwohl die Steuereinnahmen wegen der guten Wirtschaftslage sprudeln wie seit langem nicht. Allein bis Mitte 2008 erhielt das Land zehn Mil-

lionen Euro mehr, als im Vorjahr angenommen. Der Landeshaushalt wird um die zwei Milliarden Euro ausmachen (ordentliches und außerordentliches Budget zusammen). Der Schuldenstand beträgt 431 Millionen Euro.

Vor allem zwei Ressorts haben den Wunsch nach zusätzlichen Millionen. LR Walter Blachfellner (SPÖ) will mehr Geld für den Straßenbau. LR Erika Schärer (SPÖ) muss das Personalpaket, das vor kurzem geschnürt wurde, unterbringen. Auch der Finanzreferent selbst benötigt noch Geld. Etwas mehr als zwei Millionen Euro hätte er gerne für seine Bereiche Sport und Kultur.

Läuft alles nach Plan, dann werden die Verhandlungen noch heute abgeschlossen.

OHNE Protokoll

Präsidentenstreit um zwei Unterschriften

Der Vorwurf von LAbg. Wolfgang Saliger (ÖVP) gehe ins Leere. Das sagt Landtagspräsident Hans Holztrattner (SPÖ) zur Diskussion um die 4000 Euro, die der Landtag zum Abschiedsfest von LH-Stv. Othmar Raus (SPÖ) in der Salzburger Residenz beigesteuert hat. Saliger, Zweiter Landtagspräsident, hatte kritisiert, dass er die Rechnung nicht gegengezeichnet habe (SN vom Samstag). Holztrattner: „Ich habe das Budget und gebe es auch aus.“ Es sei nach der Geschäftsordnung des Landtages nicht nötig, die Unterschriften seiner Kollegen im Landtagspräsidium einzuholen. Er habe es sich aus Gründen der Offenheit aber angewöhnt, den Zweiten und den Dritten Landtagspräsidenten über alle Ausgaben zu informieren. Das passiere im so genannten „Umlauf“. Eine Pflicht, die zwei Unterschriften der anderen Präsidenten einzuholen, gebe es aber nicht. Holztrattner verwies darauf, dass neben LH Gabi Burgstaller (SPÖ) und ihm auch Saliger und Michael Neureiter (ehemals Zweiter Landtagspräsident) beim Fest in der Residenz anwesend gewesen seien. Nachsatz: Der Landtag unterstütze auch Geburtstagsfeste von ÖVP-Spitzenpolitikern und Spitzenbeamten finanziell. Namen wollte Holztrattner nicht nennen – „aus Rücksicht auf die Personen“.



HOLZTRATTNER

Bürgermeisterwechsel vor den Sommerferien

Knapp vor den Sommerferien und acht Monate vor der Wahl kommt es in den Gemeindestuben zu weiteren ÖVP-Bürgermeisterwechseln. In Eben im Pongau wird am 3. Juli Vzbgm. Herbert Farmer zum Nachfolger von Bgm. Peter Fritzenwallner gewählt. In St. Koloman folgt am 4. Juli Willi Wallinger Bgm. Christian Struber.



FARMER